Informationsvorlage 125/2014

öffentlich

TOP: Vorstellung des FAG- Entwurfes

Beratungsfolge	Sitzungstag	TOP
Finanzausschuss	13.08.2014	

☐	Einbeziehung des Senioren- und/oder	☐	Behindertenbeirats
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------

Sachstandsbericht:

Offizielle Berechnungen zur FAG- Masse liegen derzeit noch nicht vor. Derzeit laufen die Vorbereitungen auf eine Absenkung der Finanzausgleichsmasse um etwa 130 Millionen Euro hinaus, was zu einer Gesamtsumme von 1,44 Milliarden Euro führen würde. Diese Kürzung beruht auf folgenden Parametern:

1. Steuerschätzung

Seit Einführung des aufgabenbezogenen FAG im Jahr 2010 werden die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden auf den Finanzbedarf der Kommunen „bedarfsmindernd“ angerechnet. Bis zum FAG 2012 beruhte die bedarfsmindernde Berechnung auf den durchschnittlichen „Ist- Ergebnissen“ der Steuereinnahmen der Vorjahre. Ab dem FAG 2013 wird auf das Ergebnis der „Mai- Steuerschätzung“ für das darauf folgende Jahr abgestellt.

Für das FAG- Jahr 2015 wird damit auf die Steuerschätzung vom Mai 2014 Bezug genommen. Diese Schätzung führt zu einem höheren Steueraufkommen von rund 62 Millionen Euro für 2015.

- Der „Blick nach vorne“ hat den Nachteil, dass Soll-Ist- Abweichungen beim tatsächlichen Steueraufkommen nicht mehr berücksichtigt werden können. Das führt zum Beispiel für das Jahr 2013 zu einer Unterzahlung von 7 Millionen Euro, weil das Steueraufkommen um 7 Millionen geringer ausgefallen ist.
- Die vollständige Anrechnung aller Steuereinnahmen lässt zudem außer Acht, dass gerade das Gewerbesteuer- Aufkommen höchst unterschiedlich verteilt ist. Immerhin wiesen 2013 nur 10 der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mehr als ein Viertel aller Gewerbesteuer-Einnahmen auf.
- Auch die zu Konsolidierungszwecken erfolgten Anhebungen von Steuersätzen, die zu einem erhöhten Steueraufkommen führen, werden vollständig den Steuereinnahmen zugute gerechnet und mindern damit die FAG- Masse.

2. Einführung des landesinternen Benchmarks

Seit der Umstellung auf das aufgabenbezogene FAG wird vom Land die Einführung von Benchmarks bei den Kosten der Aufgabenwahrnehmung diskutiert. Begründet wird dies auch mit § 2 Abs. 3 Satz 2 FAG-LSA, der als Maßstab für die Bemessung der Landeszuweisungen „die notwendigen Ausgaben bei effizienter Aufgabenerfüllung“ bezeichnet.

Nun plant das Land ein landesinternes Benchmark, das differenziert nach den kommunalen Gruppen den Finanzierungsbedarf (Zuschussbedarf IV) innerhalb eines Durchschnittskorridors feststellt, um diesen anschließend bei 100 % auf den Durchschnitt zu reduzieren und im Gegenzug bei Werten unter 50 % diese auf 50 % anzuheben. Diese Berechnungen würden nach ersten Schätzungen zu einer Verminderung des Finanzierungsbedarfs um rund 94 Mio. Euro führen.

Der so erwartete kommunalgruppenscharfe Minderungsbetrag soll zu 1/5 in 2015 und zu 2/5 in 2016 in Ansatz zu kommen. Dies würde für die kreisfreien Städte eine Bedarfsreduzierung um 2,9 Mio. Euro in 2015 und 5,8 Mio. Euro in 2016 bedeuten. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sind es 11 Mio. Euro in 2015 und rund 22 Mio. Euro in 2016. Für die Landkreise ergibt sich aufgrund des insgesamt betrachteten Minderungsbedarfs von knapp 24,14 Mio. Euro diesbezüglich eine Reduzierung des Bedarfs von 4,8 Mio. Euro in 2015 und von 9,7 Mio. Euro in 2016.

3. Anpassung bisheriger Hebesatzvergleich

Mit dem FAG 2013 wurde ein Hebesatzbenchmark eingeführt, mit dem die durchschnittlichen Hebesätze bei den Realsteuern zum einen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum anderen für die kreisfreien Städte verglichen wurde. Nach dem aktuellen FAG 2014 wurden unter Heranziehung der Vergleichsländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für die kreisfreien Städte ein Bonus von 12,5 Mio. Euro bedarfserhöhend und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein Malus von rd. 6,4 Mio. Euro bedarfsmindernd berücksichtigt.

Nunmehr soll dieser Hebesatzvergleich auf die ostdeutschen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen umgestellt werden. Hierzu werden die gewogenen Durchschnittsbesätze des Realsteuervergleichs der Jahre 2010 und 2011 herangezogen. Aus diesem Ansatz ergeben sich für die kreisfreien Städte ab 2015 Mindereinnahmen von rund 6 Mio. Euro, die zu einem 1/5 in 2015 (-1,2 Mio. Euro) und zu 2/5 in 2016 (-2,4 Mio. Euro) bedarfsmindernd in Ansatz gebracht werden sollen. Bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden wurden mit der gleichen Vorgehensweise Mindereinnahmen in Höhe von 21,2 Mio. Euro ermittelt, die ebenfalls zu 1/5 in 2015 (-4,2 Mio. Euro) und zu 2/5 in 2016 (-8,5 Mio. Euro) in Ansatz gebracht werden sollen.

Auch dieser Hebesatzvergleich ist in Bezug auf ein aufgabenbezogenes FAG, welches sich auf das Aufgabenniveau in Sachsen-Anhalt beziehen sollte, in keiner Weise akzeptabel.

4. pauschale Pflichtzuführung

Im aktuellen FAG erfolgt ein bedarfserhöhender Ansatz für die bisherige kameralistische pauschale Pflichtzuführung von rd. 178,63 Mio. Euro. Aufgrund der Umstellung der Kommunen auf die Doppik wurde eine Anpassung der Ermittlung dieser Pflichtzuführung vorgenommen als pauschaler Tilgungsbetrag. Zur Ermittlung des pauschalen Tilgungsbetrags ab 2015 wird kommunalgruppenindividuell ermittelt, wie sich in den Jahren 2008-2010 das Verhältnis von ordentlicher Tilgung zum Schuldenstand entwickelt hat. Anhand der dargestellten Anteile 2008-2010 wurde das Verhältnis der ordentlichen Tilgung zum Schuldenstand über alle Kommunalgruppen auf rund 7 Prozent festgelegt. Diese 7 Prozent sollen für alle Kommunalgruppen auf den kommunalindividuellen Schuldenstand zum 31.12.2013 angewandt werden. Dies ergibt in der Summe einen pauschalen Tilgungsbetrag von rund 143 Mio. Euro, was eine weitere Reduzierung des Bedarfs um rund 35,6 Mio. Euro bedeutet.

Robby Risch
Oberbürgermeister